

„Fürchtet euch nicht!“ Offener Weihnachtsbrief an die Bundesregierung

Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung,

wir Christinnen und Christen hören in unseren Kirchen im Advent die prophetischen biblischen Schriften, die unsere soziale Verantwortung einfordern. Die Herbergssuche, die Geburt in einem Stall, die Verkündigung der Geburt Christi an die Hirten und das Wort des Engels „Fürchtet euch nicht“ machen uns deutlich, dass Solidarität mit den Armen und Ausgegrenzten die zentrale Botschaft unseres Glaubens ist.

Wir Frauen der Katholischen Frauenbewegung der ED Wien leben diese Botschaft in unseren Pfarren und Gemeinden, in Kirche und Staat und auch - durch unser entwicklungspolitisches Engagement - weltweit. Das verpflichtet uns, gerade zu Weihnachten unseren Sorgen Ausdruck zu verleihen.

Wir haben keine Angst vor Flüchtlingen und vor einer geordneten Zuwanderung.

Aber wir sind besorgt, dass eine unbarmherzige Politik Egoismus und Fremdenfeindlichkeit fördert!

Wir haben keine Angst vor sozialen „Durchschumlern“!

Aber wir sind besorgt, dass sich Konzerne und reiche MitbürgerInnen durch Steuervermeidung und Steuerflucht ihrer sozialen Verantwortung entziehen.

Wir haben keine Angst vor dem Migrationspakt der UNO!

Aber wir sind besorgt, dass Österreich wegen nationalistischer und populistischer Überlegungen sein internationales Renommee verliert.

Wir haben keine Angst vor einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung!

Sie ermöglicht es, unbezahlte Arbeit zwischen Frauen und Männern gerechter zu verteilen.

Aber wir sind besorgt, dass die sozialen Kosten der Ausweitung des 12- Stunden-Tags und der 60- Stunden-Arbeitswoche wieder von Frauen getragen werden müssen.

Wir haben keine Angst vor der Stärkung des Sozialstaats!

Aber wir sind besorgt, dass die Reform der Sozialversicherungen nur im Bereich der Arbeitnehmenden durchgreift und deren Interessen in den diversen Gremien schmälert.

Wir haben keine Angst vor Veränderungen durch einen umweltfreundlichen Lebensstil!

Aber wir sind besorgt, wenn zukünftige Überlebensfragen hinter Wirtschaftsinteressen gestellt werden.

Wir haben keine Angst vor einer Bevorzugung der armen Länder in internationalen Handelsverträgen! Aber wir sind besorgt, dass in sogenannten Partnership-Agreements vorwiegend die Interessen der reichen Länder wahrgenommen werden.

Wir haben keine Angst vor der Erhöhung der Finanzmittel für die Entwicklungszusammenarbeit!

Aber wir sind besorgt, dass es dabei vorwiegend um Exportförderung österreichischer Unternehmen geht.

Sehr geehrte Bundesregierung, wir erwarten uns, dass Sie unsere Sorge um den guten Weg in die Zukunft unseres Landes ernst nehmen! Wir denken, dass auch für Sie der Einsatz für ein gutes Leben aller jetzt und auch in Zukunft, die Grundlage Ihres politischen Handelns ist und freuen uns auf Ihre Antwort.

*Franziska
Berdich*

Christine Saliger

Franziska Berdich und Christine Saliger für die Diözesanleitung der kfb Erzdiözese Wien